

InfoGRÜN „Gentechnik“ Nr. 6 / 2013 (Dezember)

Gentechnik-Newsletter von Dr. Frank Augsten, MdL

Themenübersicht:

1. Editorial
 2. Wissenschaft und Forschung
 3. Landwirtschaft
 4. Zulassung und Sicherheitsforschung
 5. Politik
 6. Koexistenz
 7. Recht/Haftung/Versicherung/Patente
 8. Gentechnikfreiheit
 9. Gesundheit
 10. Widerstand/Aktionen
 11. Termine/Materialien/Adressen
 12. Regionales: Thüringen
-

1. Editorial

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter, sehr geehrte Damen und Herren,

nach dem Mitgliederentscheid der SPD ist nun die Große Koalition beschlossen. Wenn man nun die Verhandlungsergebnisse im Bereich des Agrarsektors betrachtet, kommt große Ernüchterung auf. Denn vergleicht man den Koalitionsvertrag in diesen Bereichen mit dem Wahlprogramm der SPD, entsteht der Eindruck, die CDU hat diese Kapitel allein verhandelt und geschrieben. Regionale Wertschöpfung, Verbesserung der Haltungsbedingungen für Nutz- und Haustiere, ökologischer Landbau und Verbraucherschutz waren im Wahlkampf noch wichtige Themen der SPD – im Koalitionsvertrag steht davon fast nichts. Besonders besorgniserregend sind aus Sicht von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Landtagsfraktion Thüringen die Ergebnisse der Verhandlungen im Bereich Agro-Gentechnik. Hier hatten SPD und CSU konkrete Formulierungsvorschläge für einen kritischen Umgang mit gentechnisch veränderten Organismen vorgelegt, der von der CDU komplett kassiert wurde. Angesichts der Entwicklungen auf EU-Ebene hätte es von der neuen Bundesregierung eines deutlichen Signals in Richtung Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher, der Landwirtschaft und der Umwelt bedurft. Auch wenn die grüne Gentechnik bei den Verhandlungen über ein transatlantisches Freihandelsabkommen gerade zum Stolperstein wird und vielleicht vom Freihandelsabkommen ausgeschlossen werden könnte, kommen die Ergebnisse des Koalitionsvertrages den Befürwortenden der grünen Gentechnik auf EU-Ebene und in der Agrarindustrie sehr entgegen.

Über weitere aktuelle Entwicklungen im Bereich Gentechnik und vor allem über die Situation in Thüringen informiert Sie dieser Newsletter. Helfen Sie bitte, diesen zu verbreiten. Senden Sie ihn an Freundinnen und Freunde, Bekannte und weitere potenziell Interessierte. Der Newsletter kann hier abonniert werden: <http://gruenlink.de/ge9>

Bereits die Erstellung der ersten Ausgabe hat gezeigt, dass wir aus Gründen der Praktikabilität bei Weitem nicht alle von uns recherchierten Informationen im Newsletter unterbringen können. Sie finden weitere aktuelle Meldungen unter <http://gruenlink.de/ge8>, ebenso alle erschienenen Ausgaben des Newsletters und wichtige Links.

Mit den besten Wünschen und in Erwartung Eurer/Ihrer Anregungen
Dr. Frank Augsten und Lutz Reich

InfoGRÜN „Gentechnik“ Nr. 6 / 2013 (Dezember)

Gentechnik-Newsletter von Dr. Frank Augsten, MdL

2. Wissenschaft und Forschung

Glyphosatwirkung auf Amphibien

Forscher aus Müncheberg in Brandenburg fanden heraus, dass die Anwendung von Unkrautvernichtungsmitteln auf Glyphosat-Basis für Amphibien nicht nur in der aquatischen Phase eine Gefahr darstellen kann. Dabei haben die Wissenschaftler die Praxis der Anwendung mit den Wanderbewegungen der Amphibien verglichen und festgestellt, dass es sowohl eine Reihe von zeitlichen als auch örtlichen Überschneidungen geben kann. Sie führen dies auf den starken Anstieg dieser Unkrautvernichtungsmittel zurück. Nicht nur in der Gesamtmenge, sondern auch in Bezug darauf, dass die Mittel mittlerweile zum Beispiel auch zur Förderung eines gleichmäßigen Abreifens von Getreide eingesetzt werden, was in der Vergangenheit nicht üblich war. Jedoch müssen, um die tatsächliche Gefahr zu ermitteln, weitere Untersuchungen durchgeführt werden, so die Wissenschaftler.

(Quelle: Gen-ethischer Informationsdienst GID Nr. 220, S. 23.)

3. Landwirtschaft

Brasilien: Gentechnik kann Versprechen nicht halten

Nach zehn Jahren Agro-Gentechnik zieht Brasilien ernüchternde Bilanz. Die Gentechnik-Industrie konnte keines ihrer Versprechen halten. Die Lebensmittelversorgung hat sich nicht verbessert, die Erträge sind nicht gestiegen und der Einsatz von Unkrautvernichtungsmitteln hat nicht abgenommen. Der neue nationale Plan von Präsidentin Dilma Rousseff sieht eine Ökologisierung der Landwirtschaft vor. Die Präsidentin beteuerte, dass der Plan mit einem Budget von 8,8 Milliarden Brasilianischen Real (vier Milliarden US-Dollar) bis zum Ende ihrer Amtszeit im Dezember 2014 umgesetzt werden soll. Ihre Ankündigung folgte einen Tag nach der Besetzung des Landwirtschaftsministeriums in Brasília durch protestierende Bauern. Diese forderten im Rahmen des Welternährungstages weniger Lebensmittelunabhängigkeit, bessere Lebensbedingungen, Landreformen, die Umformung der Agrowirtschaft sowie einen Stopp der Überkommerzialisierung der Landwirtschaft.

(Quelle: <http://oneco.biofach.de/de/news/brasilien-praesidentin-rousseff-kuendigt-plan-zur-oeekologisierung-der-landwirtschaft-an--focus--746f9a0d-3f6c-432d-b93e-e5f680bb479b/>)

Schädlinge in Südafrika gegen MON 810 resistent

Der Monsanto-Gentech-Mais MON 810 ist in Südafrika gescheitert. Nach 15 Jahren seines Anbaus sind die Schädlinge gegen das Bt-Toxin (*Bacillus thuringiensis*) resistent geworden. Daher wird MON 810 in Südafrika nicht mehr angebaut. Dafür sollen andere genmanipulierte Maissorten die Maisstängelbohler bekämpfen. Monsanto gibt nicht auf, versucht stattdessen seinen MON-810-Mais in anderen afrikanischen Staaten zu vermarkten. So das Fazit eines Berichtes des African Centre for Biosafety (ABC). In dem Report beschreibt ABC, wie Monsanto den südafrikanischen Mais-Markt erobert hat. Nachdem Monsanto MON 810 eingeführt hat, kaufte der Konzern zwei der größten südafrikanischen Saatgutkonzerne auf und kontrolliert mittlerweile 50 Prozent des Maissaatgut-Marktes. Auf 80 Prozent der südafrikanischen Maisanbauflächen wurde 2012 Gentech-Mais angebaut. Schon vor einigen Jahren kam es zu Resistenzen, in der Folge zahlte Monsanto den Bauern Entschädigungen und führte seinen neuen Gentech-Mais 8903 ein. Außerdem hat sich der Preis für Maissaatgut seit Einführung von Gentech-Mais in Südafrika verdoppelt.

(Quelle: <http://www.genfoodneindanke.de/wp/>)

InfoGRÜN „Gentechnik“ Nr. 6 / 2013 (Dezember)

Gentechnik-Newsletter von Dr. Frank Augsten, MdL

4. Zulassung und Sicherheitsforschung

EU: Importzulassung für Smartstax-Mais

Am 6. November 2013 hat die EU-Kommission, ungeachtet der fehlenden Risikobewertung und großem Protest aus der Bevölkerung, den Gentech-Mais Smartstax von Monsanto und Dow als Lebens- und Futtermittel für den Import zugelassen. Hiergegen will Testbiotech Beschwerde einlegen. Gentech-Pflanzen wie Smartstax mit mehreren Eigenschaften sind die Antwort der Industrie auf sich entwickelnde Resistenzen von Unkräutern und Insekten. Allerdings liegt hier das Problem. Denn durch die einseitige Unkrautbekämpfung bei herbizidresistenten Gentech-Pflanzen entwickeln sich erst resistente Superunkräuter. Diese sind dann mit herkömmlichen Mitteln kaum noch zu bekämpfen. Auch durch die Abgabe von Insektengiften durch manche Gentech-Pflanzen können bestimmte Insekten viel schneller Resistenzen entwickeln. Neben Smartstax hat die Kommission am selben Tag den Gentech-Mais der US-Marke Powercore für den Import zugelassen und die Anbauzulassung für den Pioneer-Gentech-Mais 1507 empfohlen.

(Quelle: <http://www.keine-gentechnik.de/news-gentechnik/news/de/28340.html>)

EU-Kommission empfiehlt Zulassung für Gentech-Mais 1507

Die EU-Kommission hat sich am 6. November 2013 dazu entschieden, den Antrag auf Anbauzulassung des Pioneer-Genmaises 1507 dem Ministerrat zur Entscheidung vorzulegen. Falls eine Genehmigung erfolgt, wäre 1507 die dritte gentechnisch veränderte Pflanze, die in der EU angebaut werden darf. Daher fordert der Verband Lebensmittel ohne Gentechnik e. V. die Bundesregierung auf, im Ministerrat gegen eine Anbauzulassung des Pioneer-Maises zu stimmen. Im Falle eines Anbaus von gentechnisch verändertem Mais in Deutschland würde sich das Risiko für „Ohne-Gentechnik“-Produzentinnen und -Produzenten stark erhöhen. Risiken durch Verunreinigung würden entstehen durch Vermengung von Aussaat, Ernte und Transport. Darüber hinaus sehen Studien beim Anbau von 1507 eine Gefährdung von Nützlingen und weiteren Insekten. Außerdem hat die EFSA bisher nicht die geforderte Evaluierung der Herbizid-Resistenz für 1507 durchgeführt. Die Zulassung von 1507 kann nur mit qualifizierter Mehrheit des Ministerates abgelehnt werden. Wenn keine Einigung erzielt wird, entscheidet die Kommission selbst über den Antrag. Falls der Antrag genehmigt wird, könnte eine Anbauzulassung vor der Anbausaison 2014 erfolgen. Der Verband Lebensmittel ohne Gentechnik e. V., weitere Wirtschaftsverbände und Umweltschutzorganisationen wollen vor der Sitzung des Ministerrates die Kommission in einem offenen Brief dazu auffordern, 1507 abzulehnen.

(Quelle: <http://www.ohnegentechnik.org/aktuelles/nachrichten/2013/november/dritte-anbaugenehmigung-von-gv-mais-in-eu-droht.html>)

Keine Kennzeichnungspflicht im US-Bundestaat Washington

Am 6. November 2013 fand die Volksabstimmung über die Kennzeichnungspflicht von gentechnisch veränderten Pflanzen statt. Bei einer Wahlbeteiligung von 34 Prozent stimmten 55 Prozent gegen und 45 Prozent dafür. Wenn eine Mehrheit für die Kennzeichnungspflicht gestimmt hätte, wäre Washington der erste US-Bundesstaat mit einer Kennzeichnungspflicht gewesen und hätte ein positives Zeichen für die gesamte USA setzen können. Zuvor hatte die Agrar- und Lebensmittelindustrie wieder Millionen von US-Dollar in eine Gegenkampagne zur Kennzeichnungspflicht gesteckt und hat damit den Volksentscheid zu ihren Gunsten gedreht.

(Quelle: <http://www.ohnegentechnik.org/aktuelles/nachrichten/2013/november/usa-keine-gentechnik-kennzeichnung-in-washington.html>)

5. Politik

Zweite und dritte Runde der Verhandlungen zum EU-US-Freihandelsabkommen

In Brüssel wurde am 16. November 2013 die zweite Runde der Verhandlungen über ein transatlantisches Freihandelsabkommen abgeschlossen. Im Vorfeld hatten Verbraucherschutz- und Umweltschutzorganisation vor weitreichenden Zugeständnissen gewarnt. EU-Handelskommissar De Gucht gab das Ziel für ein künftiges Abkommen vor: mehr Arbeitsplätze für die Europäer und mehr Wachstum der europäischen Wirtschaft. Hierfür sollen besonders gesetzliche Standards gegenseitig angepasst werden. Auch solle der Verbraucherschutz in Europa nicht unter dem Abkommen leiden, so De Gucht. Zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure sehen dies skeptisch. Denn schon zuvor kritisierten sie die exklusive Verhandlungspraxis ohne parlamentarische Beteiligung und öffentliche Debatte. Denn gerade eine leichtere Zulassung von umstrittenen Lebensmittelprodukten, darunter gentechnisch veränderte Organismen (GVO), wie sie sich die US-Agrarkonzerne versprechen, dürfen nicht an den demokratisch legitimierten Institutionen vorbei entschieden werden. Nun zeichnet sich aber ab, dass gerade der Agrarsektor zum Stolperstein in den Verhandlungen zum Freihandelsabkommen werden kann. Der US-Handelsexperte John Brooke von der US Meat Export Federation (USMEF) bemängelte, dass sich die EU unter anderem beim Marktzugang für Agrarprodukte, die mithilfe von Wachstumshormonen oder gentechnisch veränderten Organismen (GVO) erzeugt wurden, wenig kompromissbereit zeige. Sollte es im Agrarsektor zu keiner Einigung kommen, könnten die mächtigen Agrarstaaten in den USA dem Kongress die Zustimmung für das Freihandelsabkommen verweigern, was zu einem Scheitern des Abkommens führen dürfte.

(Quellen: <http://www.keine-gentechnik.de/news-gentechnik/news/de/28385.html> und <http://www.agrarheute.com/freihandelsabkommen-eu/usa?suchbegriff2=gentechnik>)

Brasilien steht vor Kehrtwende beim Terminator-Saatgut

Noch im Oktober dieses Jahres sah es so aus, als würde das langjährige Moratorium gegenüber Terminator-Saatgut bestehen bleiben. Jedoch schien der öffentliche Druck nicht auszureichen; eine Parlamentskommission könnte nun einen entsprechenden Gesetzentwurf für die Aufhebung des Moratoriums verabschieden. Nach Informationen der kanadischen ETC Group befasste sich die Verfassungskommission am 11. und 12. Dezember 2013 mit dem Thema. Sie soll im Auftrag der brasilianischen Regierung den Weg für das Terminator-Saatgut freimachen. Die ETC spekuliert bereits, wie es nach der Abstimmung im Parlament im Februar 2014 weitergehen wird. Man werde die Nutzung des Saatguts beschränken und somit die langjährige Unterstützung für das UN-Moratorium hervorheben. Danach wird sie dem Anbau von gentechnisch veränderten Bäumen zustimmen, um eine großflächige Verunreinigung am Amazonas-Gebiet zu verhindern. Sie werde dies als Umweltmaßnahme deklarieren, um die Absicht zu vertuschen, die biologische Vielfalt im Amazonas-Gebiet mit gentechnisch veränderten Plantagen zu ersetzen. Denn diese können dann als Biomasse für industrielle Anwendungen dienen. Im Gegensatz dazu fordern zahlreiche brasilianische Organisationen diese Zulassungspläne zu beenden. Außerdem haben 34.000 Menschen eine Petition gegen Terminator-Saatgut unterschrieben.

(Quellen: <http://www.keine-gentechnik.de/news-gentechnik.html> und <http://www.gmwatch.org/index.php/news/archive/2013/15216-unease-among-brazil-s-farmers-over-vote-on-terminator>)

InfoGRÜN „Gentechnik“ Nr. 6 / 2013 (Dezember)

Gentechnik-Newsletter von Dr. Frank Augsten, MdL

6. Koexistenz

Imker fordern von künftiger Bundesregierung mehr Schutz

Erst im Oktober 2013 ist ein Antrag von Imkerinnen und Imkern für einen entsprechenden Schutz ihrer Produkte vom Bundesverwaltungsgericht in Leipzig abgewiesen worden. Daher fordern sie umso mehr die nächste Bundesregierung auf, wirksame Regeln, wie größere Sicherheitsabstände, vorzuschreiben. Denn bisher hat es die Politik verpasst, klare Regeln aufzustellen zum Schutz von Bienen und Honig vor Verunreinigung durch gentechnisch veränderte Pflanzen. Der BUND fordert beispielsweise, dass die Imkerinnen und Imker vor wirtschaftlichen Risiken durch GVO-Verunreinigungen geschützt werden müssen. Außerdem müssen sich Abstände von Gentech-Feldern zu Bienenstöcken am Flugradius der Bienen orientieren. Weitere Sorge bereitet den Imkerinnen und Imkern, dass neue Gentech-Mais-Sorten in der EU für den Anbau zugelassen werden sollen. Man hoffe hier auf die SPD, die den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen verbieten will.

(Quellen: <http://www.bund.net/nc/presse/pressemitteilungen/detail/artikel/bienen-muessen-in-den-koalitionsvertrag-kuenftige-bundesregierung-muss-bienen-und-imker-vor-gentech/>)

7. Recht/Haftung/Versicherung/Patente

EU-Umweltausschuss für Gentechnikzeichnung von Honig

Der EU-Umweltausschuss drängt darauf, dass Honig auch schon mit einem minimalen Anteil von gentechnisch veränderten Organismen gekennzeichnet werden muss. Man spreche sich daher für eine grundlegende Änderung des Entwurfs der EU-Kommission aus. Diese machte 2012 den Vorschlag, Pollen im Honig als natürlichen Bestandteil und nicht als Zutat zu werten. So würde die Notwendigkeit einer Zutatenliste vermieden werden und Honig, der gentechnisch veränderten Pollen enthält, müsste nicht gekennzeichnet werden. Vor allem, da Pollen i. d. R. weniger als 0,5 Prozent des Endproduktes ausmacht, bleibt er sowieso unterhalb der GVO-Kennzeichnungsschwelle von 0,9 Prozent. Allerdings ist zurzeit die Rechtslage nicht eindeutig. Ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) von 2011 sieht Pollen aufgrund mangelnder anderer Regelungen als Zutat an. Der Umweltausschuss plädiert, im Gegensatz zur Kommission, Pollen ausdrücklich als Zutat zu betrachten. Denn danach müsste Honig als gentechnisch verändert gekennzeichnet werden, wenn der transgene Anteil im Pollen mehr als 0,9 Prozent überschreitet.

(Quelle: <http://www.topagrar.com/news/Home-top-News-Umweltausschuss-fuer-Gentechnikzeichnung-von-Honig-1300181.html>)

Gericht der EU hebt Zulassung für Gentech-Kartoffel auf

Am 13. Dezember 2013 hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) die Zulassung für die BASF-Kartoffel Amflora aufgehoben. Hintergrund sind Verfahrensfehler seitens der EU-Kommission bei der Zulassung der Gentech-Kartoffel, die 2010 für industrielle Zwecke und als Futtermittel zugelassen wurde. Brüssel habe die Verfahrensvorschriften für die Zulassung von GVO in erheblichem Maße verletzt, so das Urteil der Richter. Das Zulassungsverfahren hatte insgesamt 13 Jahre gedauert. 2009 hatte sich die Kommission erneut eine Stellungnahme zu den möglichen Risiken der Kartoffel bei der EFSA eingeholt. Schon zuvor sprach sich die EFSA 2005 für eine Zulassung von Amflora aus. Auf der Basis dieser ersten Stellungnahme der EFSA hatte auch der Rat der EU keine Bedenken gegen die Zulassung angemeldet. Allerdings waren scheinbar Widersprüche bei der EFSA öffentlich geworden. Daher holte sich die Kommission eine zweite Expertise ein, auch deren Stellungnahme zeigte keine Risiken auf für Gesundheit und Umwelt. Aber laut EuGH hätte die Kommission den Antrag auf Zulassung erneut den Mitgliedsstaaten zur Entscheidung vorlegen müssen, denn die wissenschaftlichen

InfoGRÜN „Gentechnik“ Nr. 6 / 2013 (Dezember)

Gentechnik-Newsletter von Dr. Frank Augsten, MdL

Begründungen seien nicht die gleichen gewesen. Dies tat die Kommission aber nicht. Darüber hinaus habe die EFSA-Bewertung von 2009 noch größere Unklarheiten aufgewiesen als die von 2005. So hätte eine erneute Abstimmung unter den Mitgliedstaaten ganz anders ausfallen können, so die Argumentation der Richter. Die Auswirkung dieses Urteils bleibt dagegen gering, da sich die Amflora-Kartoffel nie auf dem Markt durchsetzen konnte.

Urteil: <http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2013-12/cp130160de.pdf>

(Quelle: http://www.deutschlandfunk.de/gentechnik-keine-chance-fuer-genkartoffeln.697.de.html?dram:article_id=271945)

8. Gentechnikfreiheit

Ökobauern fordern Bekenntnis zur gentechnikfreien Landwirtschaft

Felix Prinz zu Löwenstein, Vorsitzender des Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖWL), fordert von der Bundesregierung, sich klar gegen die Freisetzung und Zulassung von gentechnisch veränderten Pflanzen auszusprechen. Hintergrund ist die bevorstehende Entscheidung des EU-Umweltministerrates über die Zulassung des Gentech-Maises 1507, welche wahrscheinlich noch im Dezember fallen wird.

(Quelle: <http://www.topagrar.com/news/Home-top-News-Oekobauern-wollen-Bekenntnis-zur-gentechnikfreien-Landwirtschaft-1287340.html>)

Bayern für EU-Eiweißstrategie

Am 27. November 2013 fand in Augsburg der zweitägige Internationale Donau-Soja-Kongress statt. In seiner Eröffnungsrede sprach sich Bayerns Landwirtschaftsminister Helmut Brunner (CSU) für eine EU-weite Eiweißstrategie aus. Der Anbau von Soja und Leguminosen in Europa müsse gefördert werden, um die Abhängigkeit von Gentechnik-Futter aus Übersee zu verringern. Um Erfolge einzufahren, brauche man die Hilfe der EU. „Brüssel kann hier wichtige Impulse setzen, etwa durch den Leguminosenanbau im Rahmen von Greening, durch spezielle Forschungsprogramme oder durch gezielte Werbung für Lebensmittel, die mit heimischen Eiweißfuttermitteln hergestellt wurden“, so Brunner. Der Verband Lebensmittel ohne Gentechnik (VLOG) begrüßt die Position der bayerischen Landesregierung. Nun hat sie es in der Hand, die Nutzung gentechnikfreier Futtermittel für das Siegel „Geprüfte Qualität – Bayern“ vorzuschreiben. Auf der anderen Seite ist der VLOG enttäuscht von den Koalitionsvereinbarungen zwischen CDU, CSU und SPD. So gebe es weder ein Anbauverbot für gentechnisch veränderte Pflanzen, noch eine stärkere Förderung der Ohne-Gentechnik-Kennzeichnung.

(Quellen: <http://www.ohnegentechnik.org/aktuelles/nachrichten/2013/november/bayern-fuer-eu-eiweisstrategie.html> und <http://www.ohnegentechnik.org/index.php?id=233&type=123>)

Italien startet mit dem Projekt „Faire Milch“

Auch Italien bietet nun Milchprodukte an, die auf gentechnikfreie Fütterung und viel Grasanteil setzen. Die Produkte mit der Kennzeichnung „Faire Milch“ werden nun in italienischen Supermärkten angeboten. Hinter dem Projekt steckt die italienische Organisation „APL della Pianura Padana“. Sie vertreibt künftig unter dem Namen „Buono e Onesto“ („Gut und fair“) Milchprodukte von gentechnikfrei arbeitenden Betrieben. Die APL setzt mit ihrem Projekt „Faire Milch“ auch auf enge Kooperation mit dem European Milk Board (EMB), wie es schon Deutschland und andere EU-Mitgliedstaaten tun. Zunächst umfasst die Produktpalette Trinkmilch und wird sich auf Käse und Joghurt ausweiten.

(Quelle: <http://www.topagrar.com/news/Rind-Rindernews-Italien-startet-Projekt-Faire-Milch-1309535.html>)

9. Gesundheit

Fachjournal zieht umstrittene Gentechnikstudie zurück

Die Herausgeber des Fachjournals Food and Chemical Toxicology haben die französischen Wissenschaftler um Gilles-Eric Seralini aufgefordert, ihre Publikation im Magazin zurückzuziehen. Darin geht es um Langzeitfolgen bei der Einnahme von Herbiziden wie Glyphosat und dem Verzehr von gentechnisch verändertem Mais NK603. Die Wissenschaftler hatten keine Risiken festgestellt, jedoch finden die Herausgeber, dass die Daten nicht ausreichen, um schwere gesundheitliche Auswirkungen auf Ratten zu beweisen. Testbiotech findet den Rückzug eher ungewöhnlich, denn normalerweise kommt es nur zum Rückzug bei Täuschungen oder Inkorrektheiten. Jedoch werden hier solche Vorwürfe nicht erhoben. Testbiotech ist der Meinung, dass der Rückzug nicht von wissenschaftlichen, sondern von wirtschaftlichen Gründen bestimmt ist. Denn Publikationen, die neue Kontroversen über Risiken der Produkte anstoßen, kommen der Industrie nicht unbedingt entgegen.

(Quelle: <http://www.testbiotech.org/node/971>)

EFSA zieht Bewertung über Gentech-Pflanze zurück

Erstmals zieht die EFSA ihre Bewertung einer gentechnisch veränderten Maispflanze zurück. Der Gentech-Mais 59122 („Herculex“) von Dow und Dupont scheint doch nicht sicher zu sein, so wie es die EFSA noch im März 2013 behauptete. Die ursprüngliche Annahme, Schmetterlinge und Bienen würden durch den Mais nicht geschädigt, könne nicht mehr so stehen gelassen werden. Die EFSA empfiehlt daher weitere Studien durchzuführen. Denn es gebe eine Lücke in den wissenschaftlichen Daten und so kann die Behörde scheinbar nicht mehr ausschließen, dass Bestäuber wie Honigbienen durch das Gift der Pflanze geschädigt werden. Herculex setzt mehrere Insektizide frei und ist resistent gegen das Herbizid Glyphosinat. Kritikerinnen und Kritiker warnten schon lange zuvor vor dem Mais und stellten gravierende Mängel in der Risikobewertung fest.

(Quelle: <http://www.agrarheute.com/genmais-bewertung-efsa?suchbegriff2=gentechnik>)

10. Widerstand/Aktionen

Kleinbauern unterstützen statt Agrar-Industrie

Bis Oktober 2014 läuft die Unterschriftenaktion für die Förderung einer kleinbäuerlichen, lokalen Landwirtschaft und gegen großindustrielle Futtermittelproduktion in Monokulturen. Denn die Stärkung von Kleinbauern sichert die Ernährungssicherheit weitaus besser, wie vom Weltagrarbericht und anderen Expertinnen und Experten empfohlen. Machen Sie mit und fordern Sie das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung auf, sich für eine Förderung der Kleinbauern einzusetzen.

Link zur Aktion: <http://www.agrarkoordination.de/lobbybrief-weltagrarbericht-umsetzen.html>

90.000 Menschen fordern keine Gentechnik auf Äckern

Am 15. November 2013 haben innerhalb von 24 Stunden 90.000 Menschen die Petition „Gentechnik-Verbot in den Koalitionsvertrag“ unterzeichnet. Hintergrund ist der Streit in den Koalitionsverhandlungen zwischen CDU, CSU und SPD über den künftigen Kurs bei der Agro-Gentechnik. Während die CSU und die SPD Anbau, Freisetzung und Zulassung von gentechnisch veränderten Pflanzen ablehnen, verweigert sich die CDU bisher gegen eine solche Festlegung im Koalitionsvertrag. Unterstützen auch Sie die Petition von „Compact. Demokratie in Aktion“ und weiteren gentechnikkritischen Akteurinnen und Akteuren.

Link zur Aktion: <https://www.compact.de/gentechnik/appell/teilnehmen/>

InfoGRÜN „Gentechnik“ Nr. 6 / 2013 (Dezember)

Gentechnik-Newsletter von Dr. Frank Augsten, MdL

11. Termine/Materialien/Adressen

Welthungerbericht 2013

Auf der Internetseite der Welthandels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD) kann der diesjährige Welthungerbericht heruntergeladen werden. Die Expertinnen und Experten plädieren auf 341 Seiten für eine Abkehr von der industriellen Landwirtschaft und der Agrogentechnik. Eine auf Kleinbauern ausgerichtete, nachhaltige Landwirtschaft ist nach Meinung von Expertinnen und Experten der UNCTAD weit besser geeignet, eine wachsende Weltbevölkerung zu ernähren, als die Agrar-Industrie mit Monokulturen und Chemie.

Link zur Publikation: http://unctad.org/en/PublicationsLibrary/ditcted2012d3_en.pdf

Testbiotech veröffentlicht Atlas zur unkontrollierten Verbreitung von Gentech-Pflanzen

Am 12. November 2013 hat Testbiotech seinen Atlas über die unkontrollierte Verbreitung von gentechnisch veränderten Pflanzen auf der Welt veröffentlicht. Der Atlas gibt einen Überblick zur unkontrollierten Verbreitung besonders von Mais, Reis, Raps, Baumwolle, Straußgras und Pappeln. Betroffen sind vor allem die USA, Kanada, Mittelamerika, Japan, China, Australien und Europa. In vielen Regionen ist den Pflanzen der Sprung vom Acker in die Umwelt gelungen. In manchen Fällen zeigen sich die künstlichen DNA-Konstrukte sogar in wild wachsenden Populationen. Die Folgen der unkontrollierten Ausbreitung können nicht vorhergesagt werden. Wie ein zuletzt von Testbiotech veröffentlichtes Rechtsgutachten zeigt, fehlen weltweit Regelungen zum Verbot unkontrollierbarer Ausbreitung von gentechnisch veränderten Pflanzen.

Zum Atlas: http://www.testbiotech.org/sites/default/files/Testbiotech_Ausbreitung_Transgene.pdf
(Quelle: <http://www.testbiotech.org/node/947>)

Alles gegessen? Grüne Agrarwende oder Freihandel für die Agrarindustrie

Am 18. Januar 2014 findet von 14:30–18:00 Uhr im Deutschen Bundestag eine Diskussion über Massentierhaltung, Gentechnik-Anbau, Freihandel und regionale Alternativen statt. Veranstalter ist die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/ Die Grünen.

Anmeldung: http://www.gruene-bundestag.de/news/termin_ID_2000125/veranstaltung/alles-gegessen.html

12. Regionales: Thüringen

Kyffhäuserkreis tritt den gentechnikfreien Regionen bei

Am 7. November 2013 kam es im Kreistag auf Antrag der Kreistagsfraktion SPD/ Die Grünen zu der Entscheidung, dass künftig keine gentechnisch veränderten Organismen (GVO) auf land- und forstwirtschaftlichen Flächen im Kyffhäuserkreis angebaut werden dürfen. Für land- und forstwirtschaftlich genutzte Flächen, welche sich in der Verwaltung des Landkreises befinden, wird in neu abzuschließenden Pacht- und Nutzungsverträgen eine Passage eingearbeitet, die die Nutzung von gentechnisch veränderten Pflanzen untersagt. Somit tritt der Kyffhäuserkreis dem „Aktionsbündnis für gentechnikfreie Landwirtschaft in Thüringen“ bei. Der Kreistag richtet damit seinen Appell an alle Städte und Gemeinden im Landkreis, sich gegen den Einsatz von GMO anzuschließen und dem Aktionsbündnis beizutreten.

(Quelle: http://www.kyffhaeuser-nachrichten.de/news/news_lang.php?ArtNr=137583)